

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1923**

8.6.1923 (No. 129)

Karlsruhe, Freitag den 8. Juni 1923

Zeitungspreis monatlich:
Karlsruhe durch Träger M. 6000;
A. Abholstellen, Inlandstrasse M. 5700;
Ausland M. 6000; Ausland durch Post
oder K. e. z. band. Der Einzelver-
kaufpreis jeder Ausgabe beträgt
M. 250.—

Kernpreis: Geschäftsstelle 555.

Besitzer und Herausgeber: Akt.-Ges. "Bodenia" (Wilhelm Jähner, Direktor).
Abonnement- und Verkaufsdruck der "Bodenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Drohnenadresse: Beobachter, Postgeschäftskonto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktag einmal täglich. — Beilagen: "Blätter für den Familiennachwuchs" und "Kranen und Kind". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptredakteur: Th. Meyer. Verantwortlich für Badische, Reichs- und auswärtige Politik: Th. Meyer; für das Feuilleton: Th. Wölz; für den Nachrichtendienst, Handelsteil und den übrigen redaktionellen Teil: Th. Meyer, für die Anzeigen: A. Würzler, familiär in Karlsruhe.

Anzeigenpreis:
1 halblit., 1 mm hoch, 12.— M. in Metalleneinheiten 350.— M. Anzeigen sind im Vorraum zu bezahlen. Bei Wiederholung kann Rabatt, der bei abwechselnder Bezeichnung und bei Konkurrenz wegfällt.

Kernpreis: Medallion 572.

Badischer Beobachter

Vom Tage.

Die deutsche Ergänzungsnote ist gestern den alliierten Regierungen übergeben worden.

Die deutsche Note hat in Paris, wie nicht anders zu erwarten war, keine günstige Aufnahme gefunden. Sie ist kurz nach ihrem Eintreffen vom Auswärtigen Amt dem Pressesekretär in gleicher Form mitgeteilt worden. Boissac beharrte, er habe Antwort in der Frage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet erwartet. Am Abend sei durch das Brüsseler Komministere im Vorau eine Antwort auf die Note erteilt worden.

Der linksstehende franz. Robert de Jonquier bezeichnete die deutsche Note einem Vertreter der L. II. gegenüber als einen Fortschritt in Bezug auf die Garantiefrage; die Widerfrage sei keine Hauptfrage, sondern nur ein kleiner Teil des großen Reparationsproblems. Er teilte diese Ansicht über die Note mit einer Reihe angesehener französischer Politiker.

Infolge falscher Blättermeldungen über den Inhalt der neuen deutschen Note war ein starker Pessimismus in London hervorgerufen worden, sodass die Veröffentlichung der wöchentlichen Note eine schwerwiegende Überraschung hervorrief.

Mussolini erklärte bei der Übergabe der Note durch den deutschen Botschafter, er hoffe, die Note werde eine herzliche Verständigung abhauen.

Baldwin gab im Unterhaus auf eine Frage Kemmowths die Erklärung ab, er werde bald sehen, was die englische Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenke. Die englische Regierung werde sofort nach Übergabe der deutschen Note, wenn diese eine Verhandlungsbasis darstelle, den Versuch machen, eine Diskussion zwischen den Alliierten herbeizuführen.

Wie verlautet wird Reichskanzler Dr. Gehrts im Anschluss an seinen Aufenthalt in Münster i. W. nach Karlsruhe fahren, um der badischen Regierung einen offiziellen Besuch abzustatten.

Zur Münchener Hochverratsprache ging die Zensurvernehmung weiter. Es wurden u. a. auch der bekannte Privatdetektiv und fanatische Aktivist Dr. Rabe vernommen, der den Plan zur Gründung einer Tscheka anfertigte, um verschiedene Persönlichkeiten um die Coka zu bringen.

Die Streitfrage im oberösterreichischen Industriegebiet hat durch den Ausstand weiterer Belegschaften eine Verschärfung erfahren.

Das deutsche Memorandum.

Berlin, 7. Juni. Den Regierungen von London, Rom, Brüssel, Washington, Tokio ist heute zur Erläuterung der Note vom 2. Mai nachstehendes Memorandum übermittelt worden:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung darin zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem einer wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Auseinandersetzung aller seiner Kräfte zu letzten Mitteln einzutragen.

Deutsche Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland versteht nicht, dass es unter den augenblicklichen Verhältnissen unmöglich ist, zu einer sicheren Aussicht zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer

unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit aufzustellen. Sie will auch vollen Einblick in die Finanzlage gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft ertheilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Aufnahme eines großen Anteils in Ausland genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Sollte sich die Ausgabe von Anteilen in größeren Beträgen als unzureichbar erweisen, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, dass aufstelle der Kapitalsumme ein

System von Jahresleistungen

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genaue Angaben über die Ausgabe und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten

zu erhalten, lässt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem gesamten Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Obligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als Pfandrechte auf das Sondervermögen übertragen werden und vom 1. Juli 1927 ab zu 5 Prozent zu verzinsen sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen. Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Reichsregierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft: Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die ein wertstabilisierendes Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen und städtischen und land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz übertragen wird. Die 500 Millionen Goldmark werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen bestehenden Steuern oder unmittelbar von den betreffenden Objekten ausgebracht.

b) Außerdem werden die Sätze aus Gewinnmitteln und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Brauunternehmens als Nebenregierung und noch dazu zu einer unbestimmtzeitlichen Frist. Das über ist für ein Staatsweisen schon in einer anderen Epoche nicht erträglich, um vielleicht später für unser Deutsches Reich in seinem gegenwärtigen Franken Zustand. Eine Regierung, die wirklich den Anspruch an führt, erheben will, muss sich mit allen Kraft dagegen zur Wehr setzen, dass neben ihr eine andere unverantwortliche Instanz sich etabliert, die es unternimmt, nicht nur für sich selber die staatsbürglerlichen Pflichten und vor allem die steuerlichen Leistungen zu begrenzen, sondern die sich auch unterfordert, Art und Maß der Leistungen anderer Verfassstände vorzuschreiben.

Bestellung der Garantien und der Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung all dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig.

Deutschland erkennt seine Verpflichtungen zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Erfüllen, eine Konferenz zu berufen und den deutschen Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Amtlich wird zu diesem Memorandum bestellt: Wie bekannt, hat die deutsche Regierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antwortnoten erhalten. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Absichtserklärung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind.

Heute nachmittag Übereilung der neuen deutschen Note.

Berlin, 7. Juni. Die deutsche Antwort wird heute nachmittag gleichzeitig in Paris, Brüssel, London und Rom durch die deutschen Vertreter der Entente-Regierungen überreicht. Sie stellt ein Dokument von ziemlich beträchtlichem Umfang, und zwar größer als das erste deutsche Angebot dar, und wird wie bereits angekündigt, dem Inhalte nach für alle gleichlautend sein, jedoch sind die Belegschriften, soweit das unbedingt durch die verschiedenen Fassung der von den verschiedenen Entente-mächten ergangenen Antwort geboten ist, voneinander abweichend. Der Inhalt der Note soll gleichzeitig im In- und Auslande durch die nächsten Morgenblätter bekannt gegeben werden.

Der passive Widerstand.

Berlin, 8. Juni. Das deutsche Ergänzungsmemorandum hat mit kleinen Worten die französischen Forderungen auf Einstellung des passiven Widerstandes in dem von Frankreich widerrechtlich besetzten Ruhrgebiet erwähnt. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir dazu, dass diese Stellungnahme für die Regierung eine Selbstverständlichkeit ist, da ja der passive Widerstand von der Regierung nicht angeordnet wurde, sondern spontan aus dem Willen der entsprechenden Bevölkerung des vergewaltigten Gebiets hervorgegangen ist. Der passive Widerstand der Ruhr wird nach Ansicht parlamentarischer Kreise von der Ruhrbevölkerung nicht eher aufgegeben werden, bis die Franzosen das Gebiet verlassen haben.

Erklärung Baldwins im Unterhause.

London, 8. Juni. Auf eine Anfrage Kennowths gestern im Unterhause noch vor der Veröffentlichung der deutschen Note gab Ministerpräsident Baldwin zwei bezeichnende lakonische Erklärungen ab. Kennowth fragte, was die Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenke. Baldwin antwortete schlagfertig, dass er wohl gern wissen möchte, was Kennowth in dieser Frage zu tun gedenke. Jedoch könne er dem sehr ehrenwerten Mitgliede immerhin versichern, dass es das bald sehen werde. Baldwin fuhr fort: Mein Eindruck ist der: Nach Eingang der deutschen Note wird die englische Regierung sofort in Aktion treten und versuchen eine Diskussion der Verbündeten mit dem Ziel herbeizuführen, eine Einigung zu laufen zu bringen. Wenn die deutsche Note eine geeignete Grundlage darstellen wird, so werde ich heute abend noch von den verschiedenen Stellen zu erfahren ver suchen, was sie eigentlich beabsichtigt und was sie verfügt hat.

Die neue Note auf der Reparationskommission überreicht.

Paris, 8. Juni. Die Reparationskommission teilt mit, dass die neue deutsche Note, die gestern am Quai d'Orsay (Auswärtiges Amt) überreicht wurde, gleichzeitig von einem Vertreter der Kriegskostenkommission in einer Abschrift der Reparationskommission zugesetzt worden sei.

Deutsche Industrie in London.

Paris, 7. Juni. Der Londoner Berichterstatter des Journal bringt nachstehende Mitteilung: Abgesandte der deutschen Industrie, die schon vor einiger Zeit in London bei der industriellen Gruppe des Unterhauses den Reparationsgedanken vorbrachten, sind anfangs dieser Woche dort zurückgekehrt. Sie haben, wie es heißt, mit Erfolg die Mitglieder des Unterhauses zu neuem Aufgegriffen.

Deutsche Fragen vor dem Haager Schiedsgericht.

Haag, 7. Juni. Der internationale Gerichtshof beginnt seine Sitzungen am 15. Juni. Hierfür wird die Frage des Wieler Kanals behandelt, welche die Rückkehr auf die Anerkennung der Durchfahrt des britischen Dampfers "Cimbrleden" am 21. März 1921. Das Gericht hat ferner zu entscheiden über die Grenzschwierigkeiten zwischen Rumänien und Ungarn. Endlich muss für den ausgefallenen Brasiliener Vertrag ein neuer Richter gewählt werden.

Ein Kongress von tausenden und hunderttausenden abhängig gewordenen Existenz.

Wer sich im Lande umhört und wer hinter den Kulissen Bescheid weiß, der ist darüber unterrichtet, wie nach und nach selbständige, kleinere und mittlere aufgehende Unternehmen in den Vann der Stinnesischen

Trusts förmlich gezwungen werden, und wie diejenigen, die sich den Lockungen und Werbungen der Stinnes'schen Agenten im Lande vertrauen, in ihrer Existenzmöglichkeit direkt gefährdet werden. Bei aller Anerkennung für die geistige Tüchtigkeit eines Stinnes und seiner Helfer ist die Errichtung des Aussanges bestehender und bewährter Unternehmungen in einem einzigen großen Betrieb und der Herausbildung vieler selbständiger Existenz in die Unabhängigkeit und Abhängigkeit ein geradezu unermeßlicher allgemeiner wirtschaftlicher Schaden.

Darüber hinaus ragt aber auch noch der politische Schaden. Man kann es oft genug vom einigen Mann aus dem Volk hören, wie es dem möglich wäre, dass ein Stinnes-Milliarden und Billionen zur Verfügung hat zum Ausbau der merkwürdigsten Dinge. Angesichts unserer Steuerabgabe, die doch dem Rücken nach so unzweckmäßig ist, kann man sich mit Unruhe darüber die riesigen Mittel kommen und wie steuerlich behandelt werden. Aber wichtiger ist doch wohl die Tatsache, dass gerade diese riesigen Erwerbungen eines Stinnes und seiner Gruppen den denkbaren finanziellen Einbruch im Auslande machen. Man schließt — leider — von Stinnes und seinen geschäftlichen Transaktionen auf die Verfassung und den Zustand, der gekommen ist. Man hat sich im Auslande vielfach davon gewöhnt — leider ist daran auch ein großer Teil der deutschen Presse schuld, die jede Stinnes-Reise mit einer ihr nicht abhängenden Bedeutung verkündet! — in Stinnes den typischen Vertreter der deutschen Wirtschaft zu sehen. Was Wunder, dass dann draußen die Meinung aussieht, die deutsche Wirtschaft sei viel leistungsfähiger, als sie es wahrscheinlich ist, denn sie verfügt ja über gewaltige Summen zu Neuanschaffungen, habe aber für die Reparationsleistungen nichts übrig. Es ist in der Tat so, dass heute ein Stinnes als allein Verantwortlicher für die deutsche Wirtschaft in weiten Kreisen des Auslandes angesiebt wird, ebenso wie man früher den Kaiser als politisch alten Verantwortlichen für das deutsche Volk ansah. Und wir sind heute — darüber dürfen wir uns keinen Augenblick im Zweifel sein! — in derselben Lage, wie damals, nämlich, dass wir jetzt als ganzes Volk wirtschaftlich ebenso für die Handlungen eines Stinnes vom Auslande zu büßen gezwungen werden sollen, wie man uns seinerzeit für die Politik des Kaisers als Volk zu büßen zwang.

Und hier liegt die große und absolute vorhandene und nicht geringe einschärfende Stinnes-Gefahr. Doch wird sie: Die Verantwortlichkeit in allen Ehren, aber ihre, gewiss auch geschäftlich vollständig unantastbaren Handlungen haben politische und wirtschaftliche Nebenwirkungen nach innen und außen, die einstens Beachtung wert erachten. Denn auch darüber muss man sich klar sein, dass ein solcher Zustand in unserem wirtschaftlichen Leben ganz unnotwendig zu einer Herrschaft führt, die, wo für ja auch das sogenannte Garantieangebot des deutschen Industriezeugs ist, zu einer förmlichen Nebenregierung und noch dazu zu einer unbestimmtzeitlichen Frist. Das über ist für ein Staatsweisen schon in einer anderen Epoche nicht erträglich, um vielleicht später für unser Deutsches Reich in seinem gegenwärtigen Franken Zustand. Eine Regierung, die wirklich den Anspruch an führt, erheben will, muss sich mit allen Kraft dagegen zur Wehr setzen, dass neben ihr eine andere unverantwortliche Instanz sich etabliert, die es unternimmt, nicht nur für sich selber die staatsbürglerlichen Pflichten und vor allem die steuerlichen Leistungen zu begrenzen, sondern die sich auch unterfordert, Art und Maß der Leistungen anderer Verfassstände vorzuschreiben.

(*)

Die „Produktivität“ der Ruhrbesetzung für die Franzosen.

Die Franzosen haben bekanntlich die Ruhrbesetzung mit der Behauptung begründet, sie müssten sich für die wenigen Hunderttausend Kohlen und Kohlen, die ihnen in vergangenen Jahre nicht hätten geliefert werden können, selbst bezahlt machen. Die Ruhrbesetzung hätte dann freilich am Folge,

dass sie im Januar, Februar und März fast überhaupt nichts mehr nach Frankreich brachten und deshalb dort zahlreiche Hochofen und Industriewerke stilllegen mussten. Verschiedene Besuche im Ruhrgebiet überzeugten aber im März den französischen Minister der öffentlichen Arbeiten, dass man mit einem kleinen räuberischen Zugriff auf die Halden und alle sonstigen erfassbaren Bestände, die von Deutschland vor dem Einbruch geforderte Menge zugleich erlangen und die Schleppnetz in Frankreich in den früheren Kohlenüberfluss verwandeln könne. Er stellte den vollen Umlauf für April I. Qua in Aussicht. Die Abfuhrergebnisse dieses Monats liegen nun vor. Danach sind von der französischen Regie aus dem Ruhrgebiet im Tagesdurchschnitt 318 Wagen Kohlen und Koks abgefahren worden. Im ganzen Monat waren es rund 9500 Wagen. Was die Franzosen belogen ohne Benutzung von Eisenbahnstrecken unmittelbar auf dem Wasserweg weggebracht haben, ist noch nicht bekannt, kann aber nicht erheblich sein.

Wenn der Ruhrreibnabruch der Franzosen und Belgier nicht erfolgt wäre, wären im April an Reparationskohlen und Koks nach Frankreich und Belgien

Die Stinnes - Gefahr!

Ein besonderer wirtschaftspolitischer Mitarbeiter

heißt uns:

Zuvor: Wir sprechen ganz unumwunden von einer Stinnes-Gefahr!

Die Gefahr ist größer, als vielleicht unsere Kollegen und für sich selber denkbar. Wir denken nicht an die makellose und für sich selber denkbar anspruchlose Persönlichkeit dieses Mannes, wir denken aber an den Wirtschaftler und Politiker. Es ist gewiss auch kein Zweifel in die Ehrlichkeit der wirtschaftlichen Transaktionen eines Stinnes zu legen. Aber es erhebt sich doch die große und ernste Frage, ob diese geschäftlichen Transaktionen im Inneren Deutschlands und im Auslande die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik lehren. Endes nicht doch Schwierigkeiten auslösen, die das ganze deutsche Volk zu führen bekommen und deren Kosten es zu tragen hat.

Und darüber allein wollen und müssen wir uns heute einmal aussprechen. Stinnes und seine Gruppen laufen seit Jahr und Tag alles an, was an Sachwerten irgendwie zu erhalten ist. Ob es sich nun um Maschinen und Metall-Werke, um Betrieben, um Schiffswerften, um Oelgruben, um Erzfelder, um Hotels, um Banken, um Mühlen und um alle möglichen sonstigen Unternehmungen und Betriebszweige handelt, und es sich dabei um Inland oder um das nächste und fernere Ausland, um Österreich, um Ungarn, um Italien, um Russland, um Japan, um Java, um Argentinien und ganz viele andere Länder, so werden von dem einen großen Stinnes-Konzern aufgenommen.

Man fragt sich natürlich: Zu welchem Zweck? Man hatte oft den Eindruck, und in der Tat hat sich das ja auch als richtig herausgestellt, dass viele dieser Unternehmungen ganz und gar unverantwortlich waren. Vor allem die vielfältigen Rechnungen der Stinnes mit seiner Gruppe in Berlin und in wichtigen Punkten des Reiches, so neuerdings in Frankfurt am Main vollzogen, haben mit Rentabilität nichts zu tun. Aber der ungewöhnliche Einfluss, der jenen von der Schwerindustrie abhängigen Zeitungen gegeben ist, noch dazu,

wenn, wie das jetzt in Frankfurt geschieht, von einer Zentralstelle aus Kopfbücher verschiedenster Art und Form und nach lokalen Bedürfnissen bearbeitet, hergestellt werden und in Massen unter die meiste von den Zusammenhängen nichts ahnende Bevölkerung geworfen werden, ist ganz unverantwortlich ernst einzuschätzen. Die materiellen Verluste, die solche Unternehmungen notwendigerweise mit sich bringen, werden reichlich aufgewogen durch den Gewinn, der sich ergibt, wenn das große Publikum nach einer ganz bestimmten Richtung, ohne dass es das freilich weiß oder gar nicht, geleitet wird.

Das volkswirtschaftlich Schädliche der Stinnes-Transaktionen liegt aber darin, dass überhaupt nichts Neues geschaffen wird. Es wird alles nichts Neues erzeugt, wenn das große Publikum nach einer ganz bestimmten Richtung, ohne dass es das freilich weiß oder gar nicht, geleitet wird.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. Juni 1923.

Gesetzesnovellen.

Nach mehrwöchiger Pause haben sich die badischen Landesboten zahlreich im Rondell zur laufenden gesetzgeberischen Arbeit zusammengefunden. Die Kommissionen haben in der Zwischenzeit — das zeigt die umfangreiche Tagesordnung — gründliche Arbeit geleistet. Es ist Kleinarbeit, die geleistet werden muss, um das Recht dem Strom des Lebens anzugeleiten. Die Rechtsfertiger sind in ihren Berichten so gründlich und sachlich wie immer — aber das Haus ist heute doch nicht so mit ganzem Herzen bei seiner Arbeit — die großen, großen Sorgen des deutschen Volkes werfen auch hier Schatten, man fühlt, wieder ist eine Schlagschranke, vielleicht die schwerste, angebrochen.

Eingangs der Sitzung forderte der Abg. Bodt eine bessere Ausverbindung für die Abgeordneten des Oberlandes. Oberregierungsrat Seeger gibt die erwartete Erklärung ab, das weiter zur Erleichterung des Verkehrs nach dem Oberland kaum mehr getan werden kann.

Nun erfasst Abg. Dr. Küllmann (Soz.) einen Vortrag über den Gesetzentwurf betr. die Änderung des Hinterlegungsgesetzes. Anschließend daran begründet er einen sozialdemokratischen Abänderungsantrag, der eine Vereinigung des Hinterlegungswesens befreit.

Der Regierungsvorsteher ersucht um Ablehnung.

Der Abg. Schneider-Heidelberg vom Zentrum, der selbst die ganze Schule des Justizbeamten durchgemacht, lehnt den sozialdem. Antrag ebenfalls ab. Er sei für jede Belehrung und Verbesserung des Hinterlegungswesens zu haben, aber der Antrag bedürfe absolut keine Verbesserung. Den Beamten nach die Selbstkontrolle erhalten bleiben.

Nachdem der Abg. Dr. Küllmann (Soz.) nochmals eine lange für seinen Antrag eingelegt, wird der Antrag mit 28 Stimmen des Zentrums und Landabends gegen 27 Stimmen abgelehnt. Die nächste Abstimmung bringt die einstimmige Annahme des Gesetzes in erster Lesung.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) will die ganze Größe seiner sozial-parlamentarischen Künste freigeben. Er verfaßt es, mit Erfolg der sofortigen Vornahme der Z. Abstimmung entgegenzuhalten.

Abg. Hüger (Btr.) berichtet äußerst gründlich über den Gesetzentwurf betr. die Änderung des Einführungsgesetzes zu den Reichstagssitzungen, des Kostengesetzes und des Gesetzes über die Befestigung von Vergleichsbehörden in streitigen Reichsangelegenheiten. Die Stellung des Bürgermeisters als Gemeinderichter muß erhalten bleiben. An dem Bericht tritt.

Abg. Bodt (dem) einige Wörter, denen man die Berechtigung nicht absprechen kann. Er stellt zu § 16 den Abänderungsantrag, daß nicht nur Beamte von Verbänden, sondern auch Parteibeamte Rechtsberater sein können, die nicht ausdrücklich werden können.

Als Abg. von Au (Landbund) noch den Antrag stellt, auch "Vereinsmitglieder" zugelassen, entsteht eine rege Diskussion.

Auf seinen Wunsch gibt der Justizminister die ausdrückliche Erklärung ab, daß unter "Verbandsbeamten" auch Beamte von Vereinen mit ausdrücklich wirtschaftlichen Vertreibungen zu verstehen seien.

Daraufhin zieht Abg. von Au (Landbund) seinen Antrag zurück. Der Antrag Bodt gelangt gegen die Stimmen der Liberalen und Deutschnationalen zur Annahme. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Hierauf nimmt der Landtag Kenntnis von den Verordnungen des Justizministeriums über die wandelbaren Bezüge der Notare.

Über den Gesetzentwurf betr. Änderung der Verwaltungsgesetze berichtet Abg. Schneider-Heidelberg (Btr.) mit gewohnter Sach-

kenntnis und Gründlichkeit. Es handelt sich hier in der Haftungsfrage um die Verbreitung der Säcke. Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung ½ Uhr.

Die neue Kreisordnung.

In der Radikalversammlung wurde zunächst ohne weitere Debatte der Gesetzentwurf über die Änderung der Verwaltungsgesetze angenommen. Im Anschluß daran erfafste Abg. Hüger (Btr.) einen großzügigen, umfangreichen Bericht über den Gesetzentwurf über die Kreis- und Bezirksverbände. Nach einem interessanten geschäftlichen Rückblick auf die Entwicklung der badischen Selbstverwaltung unter Hinweis auf das Werk des Kreisfachs von Stein in Preußen ging der Berichterstatter auf das Materiale der Verhandlungen im Ausschuß über. Die von der Regierung geplante Zusammensetzung der Kreise wurde einstimmig abgelehnt, ebenso hat die Anregung des Oberbürgermeisters von Mannheim, die großen Städte für Kreisfrei zu erklären, einstimmig Ablehnung erfahren. Die Organe, durch welche der Kreis seine Aufgaben erfüllt, sind die Kreissammlung, die Münung bzw. das bei der östlichen Brüsseler Konferenz Pointare sich als der Stärkste erwiesen habe und das Begegnen vorläufig, wenn auch mit Widerrufen, im Schleppen der französischen Politik bleibt. Die außenpolitische Lage ist außerordentlich ernst. Die Narren in Leipzig und das Unserigen der Presse und Zeitungswelt in anderen Teilen Deutschlands lassen die innerpolitische Lage immer mehr in trübem Lichte erscheinen. Am Dienstagabend setzt sich die Aufmerksamkeit wieder auf die Kurse noch weiter fort. Die feste Stimmung der Deutschen beeinflußt natürlich auch den Effektivmarkt. Man konstatierte hier mit gewisser Genauigkeit, daß die gestrigen großen Kursanstiege des Bodenmarktes glatte Aufnahme gefunden haben.

Amtliche Berliner Börsenkurse, 7. 6. 23.

Berlin, 7. Juni. (Wöchentl. im Münzamt) In Berliner Finanzkreisen herrscht die Münung vor, daß bei der östlichen Brüsseler Konferenz Pointare sich als der Stärkste erwiesen habe und das Begegnen vorläufig, wenn auch mit Widerrufen, im Schleppen der französischen Politik bleibt. Die außenpolitische Lage ist außerordentlich ernst. Die Narren in Leipzig und das Unserigen der Presse und Zeitungswelt in anderen Teilen Deutschlands lassen die innerpolitische Lage immer mehr in trübem Lichte erscheinen. Am Dienstagabend setzt sich die Aufmerksamkeit wieder auf die Kurse noch weiter fort. Die feste Stimmung der Deutschen beeinflußt natürlich auch den Effektivmarkt. Man konstatierte hier mit gewisser Genauigkeit, daß die gestrigen großen Kursanstiege des Bodenmarktes glatte Aufnahme gefunden haben.

Parlamentarisches.

Berichtigung. In der gestern von uns an dieser Stelle zum Abdruck gebrachten Anfrage der Zentrumsfaktion des Bab. Landtags bezüglich der Ortschaftsaufschlüsselung hat sich ein Fehler eingetragen. Der lege Satz der Anfrage lautet folgendermaßen:

"Sind die Regierung bereit, sich bei der Reichsregierung dafür einzutun, daß die bisherige Lohn- und Gehaltspolitik einer baldigen Änderung unterzogen und auch eine Neugestaltung des Ortschaftsaufbaus vorgenommen wird?"

sandt und die bestehenden Steuereinnahmen mit der Entgegennahme der Steuerzahlungen betraut werden.

Dr. Föhr.

Parlamentarisches.

Berichtigung. In der gestern von uns an dieser Stelle zum Abdruck gebrachten Anfrage der Zentrumsfaktion des Bab. Landtags bezüglich der Ortschaftsaufschlüsselung hat sich ein Fehler eingetragen. Der lege Satz der Anfrage lautet folgendermaßen:

"Sind die Regierung bereit, sich bei der Reichsregierung dafür einzutun, daß die bisherige Lohn- und Gehaltspolitik einer baldigen Änderung unterzogen und auch eine Neugestaltung des Ortschaftsaufbaus vorgenommen wird?"

Siehe oben.

Dollar 7. Juni 78000.

Berlin, 7. Juni. (Wöchentl. im Münzamt) In Berliner Finanzkreisen herrscht die Münung vor, daß bei der östlichen Brüsseler Konferenz Pointare sich als der Stärkste erwiesen habe und das Begegnen vorläufig, wenn auch mit Widerrufen, im Schleppen der französischen Politik bleibt. Die außenpolitische Lage ist außerordentlich ernst. Die Narren in Leipzig und das Unserigen der Presse und Zeitungswelt in anderen Teilen Deutschlands lassen die innerpolitische Lage immer mehr in trübem Lichte erscheinen. Am Dienstagabend setzt sich die Aufmerksamkeit wieder auf die Kurse noch weiter fort. Die feste Stimmung der Deutschen beeinflußt natürlich auch den Effektivmarkt. Man konstatierte hier mit gewisser Genauigkeit, daß die gestrigen großen Kursanstiege des Bodenmarktes glatte Aufnahme gefunden haben.

Handelsgesellschaft für Tabak und Landesprodukte in Kiel.

Aus dem im vorigen Jahr gegründeten Handelsgesellschaft für Tabak und Landesprodukte in Kiel ist jetzt eine neue A.G. hervorgegangen, die Handelsgesellschaft für Tabak und Landesprodukte A.G. Sie kauft. Das Aktienkapital beträgt nominal 2,5 Milliarden. Die Aktien werden den Aktionären der Handelsgesellschaft zu 250 Prog. den übrigen Zeichnern zu 800 Prog. zur Verfügung gestellt.

Der steigende Weizenpreis.

Die süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Höchstpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 470 000 Mt. für 1 Quart. ab Mühle erhöht.

Teurer Bücher.

Der Börsenverein Deutscher Buchhändler hat die Schlüsselpreise für die Preise der Bücher usw. von 3200 auf 4200 erhöht.

Erhöhte Nahrgangpreise.

Das Nahrgangsyndikat, Sit. München, hat ab 1. Juni den Preisanschlag um 300

Punkte auf 800 Prozent weiter erhöht.

Erhöhung der Salzpreise.

Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt mit Wirkung vom 4. Juni neue Preise für Zuckersäfte.

Sie betreffen: für Erdstoffdüngemittel (mit Ausnahme des Kalifeldspates) in 100 Mgr. Packungen 900

Mt., für Kalifeldspat in 75 Mgr. Packungen 750 Mt. für Superphosphat, Phenanthrophenat und Knochenmehl in 100 Mgr. Packungen 890 Mt.

Die Kirchenanreise nach der Schweiz.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, will der Kom-

munalverband Karlsruhe größere Mengen Kirchen-

reisen nach der Schweiz ausführen, um damit seine erhebliche Frankenfahrt abtragen zu können. In einigen oberbadischen Zeitungen fand diese Absicht des Kommunalverbandes eine scharfe Kritik, zu der sich der Kommunalverband jetzt äußert. Er erklärt, daß er dem Eidgenössischen Ernährungsamt in Bern einen größeren Frankenbeitrag schulde, der aus dem Bezug von Kartoffeln aus der Schweiz 1919 entstanden ist. Die Gläubiger verlangen jetzt die halbjährliche Tilgung der Schulden und hätten einen größeren Nachlaß in Aussicht gestellt, wenn ein größerer Teil der Summe im Laufe dieses Jahres bezahlt würde. Eine Schönheitsfahrt sei aber nur durch Ausführung möglich, für die in erster Linie Frühstücksmahl in Betracht kämen. Es sei Sorge getragen, daß der inländische Bedarf bededt werde; jeder Landwirt habe für einen Gentner Kirchenreis zur Ausfahrt kommt, je 20 Pfund Frühstück zu einem ermäßigten Preis von etwa 600 Mt. pro Pfund zur Verfügung zu stellen. Die Ausfahrt von Spätlingen kommt überhaupt nicht in Frage, weil die Schweiz Spätfrüchte in genügender Menge besitzt.

Berichtigung der Salzpreise.

Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt mit Wirkung vom 4. Juni neue Preise für Zuckersäfte.

Sie betreffen: für Erdstoffdüngemittel (mit Ausnahme des Kalifeldspates) in 100 Mgr. Packungen 900

Mt., für Kalifeldspat in 75 Mgr. Packungen 750 Mt. für Superphosphat, Phenanthrophenat und Knochenmehl in 100 Mgr. Packungen 890 Mt.

Die Kirchenanreise nach der Schweiz.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, will der Kom-

munalverband Karlsruhe größere Mengen Kirchen-

reisen nach der Schweiz ausführen, um damit seine erhebliche Frankenfahrt abtragen zu können. In einigen oberbadischen Zeitungen fand diese Absicht des Kommunalverbandes eine scharfe Kritik, zu der sich der Kommunalverband jetzt äußert. Er erklärt, daß er dem Eidgenössischen Ernährungsamt in Bern einen größeren Frankenbeitrag schulde, der aus dem Bezug von Kartoffeln aus der Schweiz 1919 entstanden ist. Die Gläubiger verlangen jetzt die halbjährliche Tilgung der Schulden und hätten einen größeren Nachlaß in Aussicht gestellt, wenn ein größerer Teil der Summe im Laufe dieses Jahres bezahlt würde. Eine Schönheitsfahrt sei aber nur durch Ausführung möglich, für die in erster Linie Frühstücksmahl in Betracht kämen. Es sei Sorge getragen, daß der inländische Bedarf bededt werde; jeder Landwirt habe für einen Gentner Kirchenreis zur Ausfahrt kommt, je 20 Pfund Frühstück zu einem ermäßigten Preis von etwa 600 Mt. pro Pfund zur Verfügung zu stellen. Die Ausfahrt von Spätlingen kommt überhaupt nicht in Frage, weil die Schweiz Spätfrüchte in genügender Menge besitzt.

Schuler'scher Männerchor.

Frankfurt a. M., Leitung Herr Professor G. Trautmann.

Konzert

am Samstag, den 9. Juni 1923, abends 8 Uhr in der Festhalle unter Mitwirkung der Opernsängerin Frau Maria von Ernst (Sopran). Am Flügel: Herr Kapellmeister Heinrich Cassimir.

Fintrittskarten zu Mk. 1500 — und Mk. 1000,— ohne Steuer und Eintrittsgebühren, bei den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiserstraße, und Fr. Doert, Ritterstraße.

Freitag, abends 18.00—8 Uhr, auch im Lieder-

kranzlokal (Amalienstraße No. 14 a, 2. Stock).

Umzüge besorgt billig bei laufender Bedienung.

„Keine Tarifpreise“.

Herrn. Schulte, Markgrafenstraße 43.

Telefon. 5542

Bad. Landestheater.

Spieldaten vom 9. Juni bis 19. Juni.

Im Landestheater. Sa. 9. * Nur ein Studium.

König Heinrich IV. I. Teil. 7. (Sp. I. 5000.—) Th. Gem. B.V.B. Nr. 501-700, 1401-1500.

— So. 10. Violetta (La Traviata) Gastspiel des Kammerzängers Jan van Gorkom — Tanzbilder.

Fintrittskarten zu Mk. 1500 — und Mk. 1000,— ohne Steuer und Eintrittsgebühren, bei den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiserstraße, und Fr. Doert, Ritterstraße.

Freitag, abends 18.00—8 Uhr, auch im Lieder-

kranzlokal (Amalienstraße No. 14 a, 2. Stock).

Bücher.

Alle hier besprochenen Bücher können durch die Sortimentsabteilung bezogen werden. Preise bei der steigenden Tendenz freibleiben.)

Der Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.

Am Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 14—6 Uhr Konzert. Harmoniekapelle, „Deutsche Meister der Tonkunst“. Vormittags 11½—12½ Uhr.

Freikonzert. Harmoniekapelle. Kein Musikzettel. Abends 7½

bis 10½ Uhr: Zu Ehren der aus Frankfurt a. M., Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen a. Rh. eingetroffenen Sängergäste **Grosser Gartenfest mit italienischer Nacht**; Doppelkonzert der Harmoniekapelle unter Mitwirkung des Schuler'schen Männerchores aus Frankenthal-Ludwigshafen, der Liedertafel Mannheim, des Lehrergesangsvereins Mannheim-Ludwigshafen, der Liedertafel Karlsruhe und des Liederkranzes Karlsruhe. Bengali'sche Bedeutung des Sets und der Anlagen. Illumination des Bootes und Lampenschmuck des Gartens. Bei schlechtem Wetter fällt das Gartenkonzert abends auf den Festhalle unter Mitwirkung obiger Vereine statt. Eintritt: beim Nachmittags- und Abendkonzert: Inhaber von Jahreskarten und Karteneinheiten je 500 Mt. Kinder je 200 Mt. Sonstige je 1500 Mt. Kinder je 600 Mt. Vorverkauf beim Verkehrverein, Kaiserstraße 168, Kiosk beim Hotel Germania n. Stadtgartenbahnhofskasse.

Bücher.

Alle hier besprochenen Bücher können durch die Sortimentsabteilung bezogen werden. Preise bei der steigenden Tendenz freibleiben.)

Der Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.

Am Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.

Am Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.

Am Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.

Am Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.

Am Feuer des hl. Geistes. Ein Erbauungsbuch für den Pfarrer.</